



Preisverzeichniss: Berlin 1.20 und 1.50... (List of subscription rates for various locations)

# Berliner Tageblatt

Mittwoch, 3. Mai 1926  
49. Jahrgang

Nr. 208 • Ausgabe A Nr. 114  
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 208

und Handels-Zeitung

## Die polnischen Pläne in Oberschlesien.

### Ausdehnung der Agitation auf Mittelschlesien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 4. Mai.  
Die Ausdehnung des polnischen Anschlags auf Oberschlesien fördert immer neues Material zutage. So hat man bei polnischen Spionen im Kreise Mittelschlesien Briefe gefunden, aus denen hervorgeht, daß die polnischen Pläne auch dahin zielen, Mittelschlesien bis zur Linie des Flusses Warthe zu besetzen. Man hat Reichwehrruppen an die Grenze zur Sicherung geschickt. Sämtliche deutsche Parteien, Gewerkschaften und Angehörige, haben einen gemeinsamen Aufruf an die Oberschlesier erlassen, in dem es heißt, daß die großpolnischen Agitatoren die Bevölkerung Oberschlesiens verheizen, um dadurch der polnischen Republik einen Vorwand zum Rechtsbruch zu schaffen.

In der ober-schlesischen Bevölkerung ist man sich der drohenden polnischen Gefahr bewußt, und legt sich auf, gegen die polnischen Gelüste mit allen Mitteln Front zu machen. Aus vorgefundenen Briefen geht hervor, daß die Polen vor allem Oppeln, als den Sitz der Behörden, in ihre Gewalt bringen wollen. Mehrere großpolnische Führer und Personen haben sich längere Zeit in Oberschlesien aufgehalten, unter ihnen befinden sich auch der Fürst Charyotzki, Graf Groschoff und v. Kestel.

General Bernheim, den die Breslauer Mehrheitssozialisten auf ihre Liste setzen wollten, hat seinen hiesigen Parteigenossen erklärt, daß er die ihm gleichzeitige angebotene Kandidatur im Wahlkreis Zeltow-Charlottenburg annehmen werde, weil ihm dort der Kampf gegen die Unabgängigen notwendiger erscheine als in Breslau.

Die internationalisierte Verwaltungskommission in Oppeln erklärt, daß sie dem Inkrafttreten der neuen Steuergeetze, insbesondere des Reichseinkommensteuergeetzes und des Landessteuergeetzes ihre Zustimmung erteilen wolle, so daß die Bundesfinanzämter unannehmlich die Vorbereitungen zur Erhebung der neuen Steuern treffen können.

Aus Myslowitz wird der „Kattowitzer Zeitung“ berichtet, daß dort am Donnerstag gegen Abend polnisches Militär in der Stärke von ungefähr 150 bis 200 Mann aus Myslowitz über die Grenzlinie ankam um nach verschiedenen Gegenden Oberschlesiens mit der Bahn weiter zu fahren. Auch Erteilung der Grenzfreilaufnisse.

aus Kattowitz hatte die französische Wache die Gasser-Soldaten, die angeblich als Umlauber zum Besuch ihrer Angehörigen, aber in voller Uniform kamen, in Myslowitz abgeholt. Ein polnisches Hauptauto, von regulären polnischen Soldaten geleitet, brachte das Gepäck der Truppe zum Bahnhof, und ein polnischer Leutnant und ein Feldwebel begleiteten den Transport der Umlauber dahin.

## Polnische Reichstagswahlen in Westpreußen.

### Große deutsche Wahlziffern.

Bromberg, 4. Mai. (W. Z. B.)

Das Ergebnis der Wahlen zum polnischen Reichstag (Sejm), die am 2. Mai in Danzettel (Westpreußen) stattfanden, liegt noch nicht vollständig vor, doch läßt sich jetzt schon feststellen, daß die Stimmen der Deutschen trotz der großen Überwucherung über die Erwartungen fastliche Ziffern aufweisen. Die Wahlberechtigung war sehr hoch. In einer Reihe von Orten haben die deutschen Stimmen sogar weitaus die Mehrheit. So wurden abgegeben

in Graudenz 6864 deutsche gegen 3781 polnische Stimmen, in Königs 2488 deutsche gegen 717 polnische Stimmen, in Thorn Stadt betragen die deutschen Stimmen 9911, die deutschen 4918.

In Thorn Land die deutschen 5666, die polnischen 13 700. Selbst in der sogenannten polnischen Kurve die schon im Frieden 58 bis 75 Prozent polnische Bevölkerung hatte, erreichten die deutschen Stimmen eine unerwartete Höhe. Das ganze Wahlgebiet war in zwei Kreise geteilt: Berezin und Graudenz.

Im Wahlkreis Berezin hatten sich die Deutschen auf eine gemeinsame Liste geeinigt. Im Wahlkreis Graudenz gab es Listen: die der Vereinigung des deutschen Volkstums und die der Deutschen Arbeitsgemeinschaft (Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten), doch sind die beiden Listen miteinander verbunden worden. Die Arbeitsgemeinschaft konnte nur in Graudenz Stadt eine größere Stimmenzahl erreichen: 8997 gegen 8267 der deutschen Vereinigung. Abgesehen von Graudenz Stadt ist das Stimmenverhältnis nach der bisherigen Gewohnheit folgendes: Deutsche Vereinigung 17 825, Arbeitsgemeinschaft 1549 Stimmen. In Thorn Stadt fielen auf die Deutsche Vereinigung 4651, auf die Arbeitsgemeinschaft 267, in Thorn Land auf die Deutsche Vereinigung 5589 und auf die Arbeitsgemeinschaft 77 Stimmen.

## Eine Friedensentschließung im amerikanischen Senat.

### Freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland und Oesterreich.

London, 4. Mai. (W. Z. B.)

Wie die „Times“ aus Washington melden, wird Senator Lodge morgen im Senat eine Entschließung einbringen, durch die der Friede mit Deutschland und Oesterreich erklärt werden soll. Die Tagesordnung verlangt, daß der Präsident Verhandlungen mit Deutschland und Oesterreich anknüpft um die freundschaftlichen Beziehungen mit beiden Nationen wiederherzustellen.

## Vor der Konferenz in Spa.

### Die Aufstellung des Programms.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Basel, 4. Mai.

Nach dem „Revue“ sind die französischen Regierungskreise eifrig mit der Aufstellung des Programms für die Konferenz in Spa beschäftigt. Eine der zu behandelnden Fragen geht dahin, ob von den alliierten Staaten nur Frankreich, England und Italien an der Konferenz teilnehmen sollen, oder außer ihnen noch Belgien, Polen und die Tschechoslowakei, vielleicht sogar Dänemark, weil diese Staaten auch auf Grund ihrer geographischen Lage direkt an der Entlohnung Deutschlands interessiert sind. Das Wort glaubt zu wissen, daß man in Paris der Zulassung dieser Staaten an der Konferenz in Spa sympatisch gegenübersteht.

Nach der „Tribuna“ ist eine Teilnahme Mittels an der Konferenz in Spa noch zweifelhaft infolge des Zusammenstehens mit der Tagung des Parlaments. Mittels hätte es vorgezogen, den Minister Solalzo mit seiner Vertretung in Spa zu beauftragen, wenn nicht Lloyd George und Millerand erklärten, daß sie persönlich nach Spa gehen würden.

Wie Europa Press erzählt, wird in Kreisen, die mit den Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz in Spa beschäftigt sind, versichert, daß die französischen Delegierten in Vorbesprechungen mit den Alliierten versuchen werden, eine annehmbare Grundlage für die amerikanischen und neutralen Finanzkreise zu finden, damit diese die französische Schuldveränderung an Deutschland diskontieren oder Deutschland finanziell beistehen.

Dagegen werde sich Frankreich weigern, eine bestimmte Summe für die Wiedergutmachungsentschädigung, die Deutschland Frankreich schuldet, festzusetzen. Es werde aber eine Abschlagszahlung mit einem Minimalbetrage bestimmen und diesem genügend Elastizität verschaffen, damit ein Teil der Einnahmen Deutschlands seinen Gläubigern zugute kommt und damit jährlich die Währungsabzahlung erhöht werden kann, wenn es die wirtschaftliche Lage erlaubt.

## Vorläufig keine Räumung Frankfurt a. M.?

Genf, 4. Mai. (Z. M.)

Das „Journal des Debats“ meldet: Frankreich beantragte beim Rat der Verbündeten, die Besetzung Frankfurts fortzuführen zu lassen, bis die deutschen Verpflichtungen des Versailler Vertrages erfüllt seien. Die Nachfrage klingt geradezu ungläubig, — aber möglich ist alles, und das „Journal des Debats“ ist immerhin eine nicht ganz so unterschätzende Quelle. (Z. M.)

Der „Temps“ meldet, daß der französische Ministerrat am 1. Mai die letzte deutsche Note über die Räumung Frankfurts und des Raingaus abgelehnt habe. Es werde die prinzipielle Geneigtheit Frankreichs erklärt, die besetzten Städte der neutralen Zone zu räumen, sobald die rückständigen Vertragsverpflichtungen durch Deutschland erfüllt seien.

## Die bevorstehende Errichtung der Botschaften in Rom und Berlin.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 4. Mai.

Die Errichtung der italienischen Botschaft in Berlin und der deutschen Botschaft in Rom steht, wie ich erfahre, nunmehr bevor.

## Herbette zum künftigen französischen Botschafter in Berlin ausersuchen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Basel, 4. Mai.

Aus Paris wird gemeldet: Zum französischen Gesandten in Berlin ist Herbette ausersuchen. Er wird seinen Posten antreten, sobald die Alliierten ihre bisherigen Vertretungen in Botschaften umwandeln. Herbette ist der Sohn des ehemaligen französischen Botschafters in Berlin.

## Die Austritte aus der Deutschen Demokratischen Partei.

Von (Hansbrun verlesen.)

Geheimem Justizrat Oscar Caspel, Mitglied der Landesversammlung und Stadtvorbereiter.

Mitglieder in der Bewegung zur Reichstagswahl haben sich eine Anzahl von Herren veranlaßt gesehen, aus der Demokratischen Partei auszuweichen. Sie begründen dies zunächst mit der Haltung der parlamentarischen Vertretung der Partei bei bedeutenden Gesetzesvorlagen, geben dabei aber keine eigentümlich bestimmten Punkte an, sondern bewegen sich nur in allgemeinen Wendungen. Nun hat es sicherlich in der Demokratischen Partei an sachlicher Kritik gegenüber einzelnen Gesetzesvorlagen, auch mitunter an Verächtheit der Auffassungen über einzelne von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetze nicht gefehlt. Es ist eben nicht möglich, daß in einer großen Partei über alle Einzelfragen stets Einstimmigkeit herrscht, die Verächtheit der Auffassung muß sich geltend machen. Das politische Parteileben wäre auch jetzt abge und langweilig, wenn immer alle einer Meinung wären. Niemand hat aber die demokratischen Fraktionen der Parlamente des Parteiprogramm verfehlt, und immer sind sie vor der Überzeugung getragen gewesen, daß in der jetzigen Form des Vaterlandes, seiner Verdrängnis von außen und innen eine Mehrheit der Parlamente sich finden muß, um eine Regierung zu stiften, welche, da keine Partei eine Mehrheit besitzt, aus verschiedenen Parteien bestehen muß. Und eine solche Mehrheit kann nur durch ein Bündnis der Demokraten mit Zentrum und Mehrheitssozialdemokratie sich bewirken lassen. Gerade wer in der harkhaft national fühlt, muß zum Wohl des Vaterlandes, um es aus den so vielfachen Gefahren zu erretten, sich dazu entschließen, mit allen denen zusammenzuwirken, die mit wahrhafter erster Genügnung auf dem Boden der Republik und der Reichsverfassung stehen.

Nun weisen die Ausgeschiedenen auf den Generalstreik hin. Der Generalstreik oder, vielmehr richtiger gesagt, die allgemeine Arbeitseinstellung war nach meiner besten Überzeugung nach dem Rapp-Buch ein abenteuerliches Verlangen der Stunde. Wie hoch auch die Treue der Beamten einzuschätzen ist, insbesondere der Unterstaatssekretäre, welche der Rapp-Regierung den Gehorsam verweigern, so ist doch nur durch diese Arbeitseinstellung im wesentlichen der Rapp-Regierung ihre Existenzmöglichkeit in wenigen Tagen abgebrochen worden. Ganz sicher hätte sie sich auf die Dauer nicht halten können. Aber auch nur eine wochenlange Regierung Rapps hätte eine Zerpflünderung Deutschlands eine Vermehrung der Abtreuerbetrübungen, ein Eingreifen der Entente, den Bürgerkrieg nicht bloß in einzelnen Teilen, sondern fast überall im Vaterlande zur verhängnisvollen Folge gehabt. In einer solchen Lage muß man, auch unter Einbeziehung mancherlei Art, irrefühler Äußerungen gegenüber die ähnerlichen Mittel anwenden. Deshalb war die Arbeitseinstellungspartei der Demokratischen Partei, welche die lebenswichtigen Betriebe auslösch, durch die Erreichung politischer Zwecke früher gemißbilligt. Zur Erreichung politischer Ziele darf nicht gegen die Arbeitgeber der Streik sich richten. Hier handelt es sich aber um eine Arbeitseinstellung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. So wie der einzelne im Falle der Notwehr zu jedem Mittel greifen darf, auch zu solchen, die ohne Gefahr für Leib und Leben verpönt sind, so muß die Allgemeinheit, wenn es sich um irrefühleren Hochverrat an deutschen Volk handelt, in dieser Notwehr das Neherliche wagen.

Nun ist aber der Rapp-Buch und mit ihm der Generalstreik vorüber. Geht, daß der eine oder andere Parteigenosse seine meine Meinung nach ungedrehten Bedenken nicht zu unterdrücken vermag, so kann darin kein Grund zum Austritt aus der Partei liegen. Im besten geht das daraus hervor, daß einer der Unterzeichner des bekannten Briefes an die Deutsche Volkspartei nach der Beilegung des Rapp-Buches und Aufhörens des Generalstreiks in einer Sitzung des Vorstandes der Berliner Demokratischen Partei, als er seine Bedenken gegen den Generalstreik entwickelte, sich nachdrücklich dafür aussprach, es müßte in der Partei die Äußerung verschiedener Ansichten geduldet, und die Einigkeit der Partei müsse erhalten werden. Ein anderer Unterzeichner hob, als ich darauf hinwies, daß der Abgeordnete Hartmann und ich in einer Versammlung von etwa 500 Vertrauensmännern der Berliner Partei unter lebhafter Zustimmung die Haltung der Partei gerechtfertigt hätten, seinerlei hervor, er hätte seine abweichende Meinung nur aus dem Grunde nicht ausgeprochen, weil er Disziplin in der Partei notwendig befände; man dürfe sich nicht öffentlich befehlen; man dürfe nach diesem Befehnis zur Disziplin scheiden man nicht nur aus der Partei aus, sondern tritt auf einer anderen über, die bis in die letzte Zeit gerade die Deutsche demokratische Partei aufs heftigste bekämpft hat. Es ist in der deutschen Parteigeschichte schon vorgekommen, daß